

# Kosovo: das Abkommen zwischen Milosević und Rugova

Roberto Morozzo della Rocca

Sant'Egidio vermittelt zwischen 1993 und 1999 beim Kosovo-Konflikt. Am Anfang stehen zwei Treffen: eines in Tirana mit Ibrahim Rugova und eines in Belgrad mit Slobodan Milosević<sup>1</sup>. Das Diplomaten-Team aus Trastevere vermittelt im Kosovo-Fall in wechselnder Besetzung. Hauptsächlich sind aber Msgr. Vincenzo Paglia<sup>2</sup>, Roberto Morozzo della Rocca, Paolo Rago und Mario Giro mit den zahlreichen Missionen beschäftigt. Unterstützt werden sie von Freiwilligen, die der Zivilbevölkerung humanitäre Hilfe leisten. Die Gemeinschaft Sant'Egidio ist seit 1990 in Albanien aktiv. Von Tirana aus kann sie die Vorgänge im Kosovo mit verfolgen und kennt so den Ernst der Lage. Ab 1991 setzt sie sich dafür ein, eine Beilegung des Konflikts im ehemaligen Jugoslawien herbeizuführen. Sie fördert diplomatische Kontakte sowie ökumenische Initiativen zwischen der kroatisch-katholischen und der serbisch-orthodoxen Kirche. Der Kosovo ist Teil des komplexen Themas Jugoslawien.

Der albanische Präsident Sali Berisha stellt Rugova am 20. Januar 1993 in Tirana Andrea Riccardi und Roberto Morozzo in der ehemaligen Villa von Mehmet Shehu<sup>3</sup> vor, die von der albanischen Regierung als Gästehaus genutzt wird. Am 9. Juli 1993 lernt eine Delegation von Sant'Egidio mit Paglia und Morozzo Milosević in Belgrad kennen. Das Treffen wird von orthodoxen Bischöfen organisiert, die die Arbeit der Gemeinschaft zur Beilegung der Konflikte im ehemaligen Jugoslawien unterstützen. In diesem Zeitraum konzentriert man sich darauf, die Friedenspläne der internationalen Vermittler Thorvald Stoltenberg und David Owen zu unterstützen und den Dialog zwischen serbisch-orthodoxen und kroatisch-katholischen Bischöfen zu fördern.

## *Zwei Völker, zwei Wahrheiten*

Anfangs lehnen beide Parteien jegliches Entgegenkommen ab. Für Milosević ist der Kosovo unbestreitbar eine innere Angelegenheit. Das serbische Staatsoberhaupt versucht, die Bemühungen der Gemeinschaft Sant'Egidio zu untergraben. Milosević warnt: „Wenn die Gewalt ausbricht, wird Bosnien im Vergleich zum Kosovo Disneyland sein“<sup>4</sup>. Die Albaner sind jedoch der Ansicht, dass der Kosovo keine interne serbische Angelegenheit sei, sondern im Gegenteil überhaupt nichts mehr mit Serbien zu tun habe. 1991 haben sie durch ein geheimes Referendum die Unabhängigkeit des Kosovos beschlossen und akzeptieren keine Diskussionen. Dann haben sie eine zweite fixe Idee: ein *Deus ex machina*, der ihnen die Unabhängigkeit bringen würde. Dieser *Deus ex machina* kann nur in der Stärke der USA liegen. Die Albaner fühlen sich als Opfer. Sie geben an, 90% der Bevölkerung auszumachen und von den restlichen 10% der serbischen Bewohner beherrscht zu werden. Aber auch die Serben, die andere, für sie günstigere demografische Daten vorlegen, fühlen sich als Opfer. Sie behaupten, seit Jahrzehnten durch die Bevölkerungszunahme der Albaner überflutet und von ihnen unterdrückt zu werden. Unter Bezugnahme auf die mittelalterliche Geschichte halten sie den Kosovo für unverzichtbares serbisches heiliges Land<sup>5</sup>, die Wiege der eigenen Nation.

Zu jedem Aspekt des öffentlichen Lebens im Kosovo gibt es zwei gegensätzliche Wahrheiten, die albanische und die serbische Wahrheit. Die erste Erkenntnis bei der

Vermittlung von Sant'Egidio ist die, dass der Kosovo von den Serben als ausschließlich nationales Problem angesehen wird, wohingegen die Albaner den Konflikt internationalisieren wollen.

1993 ist Sant'Egidio noch weit davon entfernt, Verhandlungen über den Kosovo in Gang zu bringen, sondiert aber immerhin die möglichen Szenarien mit der serbischen Regierung, der kosovo-albanischen Führung und verschiedenen politischen Vertretern der internationalen Gemeinschaft. Man beginnt mit einem Parallelismus – als einer Art Versuchsballon - zwischen der Situation der serbisch besetzten Krajina, einem Gebiet, in dem die Serben die Mehrheit der Bevölkerung stellen und die Ablösung von Kroatien betreiben, und der Situation des Kosovos mit seinen separatistischen Bestrebungen. Es werden ähnlich weiträumige Autonomien für die Krajina innerhalb des kroatischen wie für den Kosovo innerhalb des serbischen Hoheitsgebietes vorgeschlagen. Dieser Vorschlag widerstrebt den Kroaten, die sich mitten im *nation building* Prozess befinden. Sie versprechen den Krajina-Serben nicht einmal eine kulturelle Autonomie, wenn sie sich vorher nicht der Souveränität Zagrebs unterwerfen. Auf der anderen Seite sehnen sich die Krajina-Serben zu dem Zeitpunkt nach sehr viel mehr als nur nach Autonomie. Sie haben ihre Unabhängigkeit proklamiert, auch wenn diese unrealistisch und von niemandem anerkannt ist. Im Allgemeinen fühlen sich die Serben 1993 als militärische Sieger und sind der Ansicht, dass über eine Autonomie für den Kosovo nicht einmal diskutiert werden muss. Die Albaner ihrerseits fordern einfach nur ihre Unabhängigkeit. Von „Autonomie“ zu sprechen, klingt auch für sie wie eine Beleidigung. Ein zweites Sondierungsgespräch der Gemeinschaft Sant'Egidio bringt das Kosovo-Problem in Zusammenhang mit der Südtirol-Frage, wo bekanntlich eine ethnisch deutsche Mehrheit einen Modus Vivendi mit der italienischen Minderheit innerhalb des italienischen Staates gefunden hat. Ist das Südtiroler System, das im Wesentlichen auf der Trennung der beiden Ethnien in der öffentlichen Struktur, aber gleichzeitig gegenseitiger Toleranz und Anerkennung basiert, auf den Kosovo übertragbar? Sowohl die Serben als auch die Albaner haben das Südtiroler Modell studiert. Beide halten es nur in einem von allgemeinem Wohlstand gekennzeichneten „westlichen“ Umfeld für möglich. Rugova kommt im März 1993 auf Einladung Sant'Egidios nach Rom, als sein Name der Öffentlichkeit noch unbekannt ist. Er trifft Ministerpräsident Giuliano Amato, der ihm in Absprache mit Paglia maßgebend das Südtiroler Modell des Zusammenlebens erklärt. Rugova bleibt „skeptisch“<sup>6</sup>. Auf dem Balkan – sagen die Albaner bald vertraulich zu Paglia und Morozzo – sei alles rauer, ärmer, brutaler. Und wie die Serben keine Italiener seien, seien auch die Albaner keine Deutschen. Aber auch nach Meinung der Serben sind die Südtiroler Abkommen zu komplex und subtil für die Völker, die um den Kosovo kämpfen. Im Juli 1993 spricht Paglia mit Milosević darüber: „Er schlägt das Südtirol-Paket für die Krajina und den Kosovo vor und fügt hinzu, dass Andreatta [der italienische Außenminister] sich stark dafür einsetzen werde, das Embargo aufzuheben, wenn es zu diesen Autonomien käme“. Der serbische Präsident hält sich an die Standardantwort Belgrads in dieser Phase der Ereignisse: „Den Kosovo-Albanern stehen die Bürger- und Menschenrechte aller zu und sonst nichts. Sie gehören nicht zu Serbien, sie sind Serbien. Es gibt achttausend Albaner in Belgrad und sie sind Belgrader wie alle. Rugova soll hierher kommen, wenn er ein Gespräch wünscht, nirgends anders [...]. Es gibt hinsichtlich des Kosovos keinen Kompromiss, da es keine Gründe gibt, an Kompromisse zu denken“<sup>7</sup>.

1993 zeigen zahlreiche Gespräche Paglias und Morozzos mit Milosević in Belgrad und mit Rugova in Pristina, aber auch mit Berisha in Tirana sowie verschiedene Aufenthalte im Kosovo die abgrundtiefe Distanz zwischen den Positionen der Serben und der Albaner über den Kosovo auf. In der Region herrscht eine gegenseitige Apartheid vor, die Fronten sind verhärtet. Die beiden Ethnien reden nicht miteinander, im Zentrum Pristinas läuft man sogar auf gegenüberliegenden Straßenseiten. Nach der Auflösung Jugoslawiens haben die Albaner beschlossen, entschieden auf Unabhängigkeit zu setzen und die Kosovo-Serben als Fremde zu betrachten. Belgrad wird für sie zu einer ausländischen Hauptstadt. Die Serben

sprechen der patriotischen Bewegung der Albaner jedoch jede politische Würde ab. Diese haben nach der Repression von 1989-1991, mit der die Serben sich die politische und militärische Kontrolle der Region gesichert hatten, eine Parallelgesellschaft mit eigener Verwaltung, eigenen Schulen, eigenen Krankenhäusern und Gesundheitszentren sowie einer eigenen Wirtschaft aufgebaut. In gewissem Sinne wird die letzte Phase der serbischen Unterdrückung von der albanischen Entscheidung begünstigt, aus allen öffentlichen Strukturen auszutreten, die als serbische Besatzungen angesehen werden und mit denen man nichts mehr zu tun haben möchte. Es entsteht eine albanische Parallelgesellschaft, alternativ zur legalen serbischen Gesellschaft, gleichsam als klare Demonstration des unermüdligen Unabhängigkeitsstrebens der Kosovo-Albaner. Inzwischen hat sich der italienische Außenminister Beniamino Andreatta während Rugovas Besuchen in Rom mit diesem angefreundet. Andreatta bewundert besonders diese Parallelgesellschaft, weil sie bei allen Kosovo-Albanern und auch bei den Auslandsalbanern, die sie finanzieren, zu einem Einheits- und Opfergeist führt. Als entschiedener Befürworter des Freihandels scheint Andreatta darüber begeistert, wie eine lokale Realität sich außerhalb des Staates selbst verwalten kann. Im Sommer 1998 wird Andreatta der erste westliche Minister sein, der eine Militärintervention gegen Belgrad zu Gunsten der Kosovo-Albaner fordert.

### *Der Dialog wird möglich*

Auch 1994 und 1995 hält die Gemeinschaft Sant'Egidio die Kontakte zu beiden Parteien aufrecht. Direkte Verhandlungen sind jedoch noch nicht in Sicht. Weiterhin vertreten beide unbeugsam ihre Linien. Unterdessen vertiefen sich die Beziehungen sowohl zu den Serben als auch zu den Albanern durch weitere regelmäßige Besuche in Belgrad und Pristina. Rugova reist mehrmals nach Rom und ist bei der Gemeinschaft zu Gast. Mit Milosević werden Diskussionen geführt, um ein gewisses Appeasement im Kosovo zu fördern. Ferner wird das Problem der Reise Johannes Pauls II. behandelt, da der Papst Msgr. Paglia gebeten hatte, bei der Verwirklichung eines Besuchs der Krieg führenden Balkanstaaten im Dreieck Zagreb-Sarajevo-Belgrad zu helfen. Aber es gibt nicht nur Rugova und Milosević. Sowohl die serbische als auch die albanische Zivilgesellschaft wird angesprochen. Beiden Parteien werden humanitäre Hilfen wie Medikamente geschickt, die aufgrund des Embargos knapp werden. Das Embargo trifft alle Bürger des neu gegründeten Jugoslawiens, das aus Serbien, einschließlich des Kosovos, besteht. In den zivilen Krankenhäusern fehlt es an allem. Die Patienten müssen Medikamente auf dem Schwarzmarkt suchen. Die Sterblichkeit von Alten und Kindern nimmt zu.

Im Sommer 1995 scheinen die Serben an einem Dialog mit den Albanern in dem Maße interessiert, in dem diese bereit sind, Autonomie statt Unabhängigkeit zu akzeptieren. Milosević gibt sich der falschen Hoffnung hin, Rugova sei für diesen Vorschlag zugänglich. Dabei verwechselt er dessen Gewaltlosigkeit mit politischem Minimalismus. Eine Fehleinschätzung, der später auch viele westliche Regierungen erliegen sollten. Der Pazifismus Rugovas ist zivile Besonnenheit und Achtung vor dem Leben anderer. Bezüglich der Unabhängigkeit gibt der Albaner-Führer aber nicht nach: Auf Grundlage dieser Maximalforderung wurde er 1991 von seinen Landsleuten mit großer Mehrheit gewählt. Als Rugova 1995 seine politischen Aussagen in gewisser Weise variieren muss, deutet er die Vorstellung von einem internationalen Protektorat an, das jedoch nur als erster Schritt in Richtung Unabhängigkeit zu verstehen sei. Sein politischer Berater, der alte und geachtete Fehmi Agani, geht soweit, Sant'Egidio die Möglichkeit eines vorläufigen Verzichts auf die Unabhängigkeit anzudeuten, um einen Rechtsstatus für den Kosovo zu erhalten. Dieser soll innerhalb des neuen föderalistischen Jugoslawiens den gleichen Stellenwert haben wie Serbien und Montenegro. Jugoslawien hätte dann drei fast souveräne, aber miteinander

zusammenhängende Pole: Belgrad, Podgorica und Pristina. Milosević besteht bei Paglia darauf, Rugova von einem Treffen mit ihm zu überzeugen. Rugova antwortet mehrmals, dass er sich einem Treffen nicht grundsätzlich verweigere, aber nur zustimme, wenn Belgrad auf die „Besetzung“ des Kosovos verzichtete.

Milosević ist kein reiner Nationalist. Er hat den Kosovo als Instrument benutzt, um als oberster Schutzherr des serbischen Volkes zu erscheinen und so seine Macht zu stabilisieren. Er ist kein Stratege, sondern ein Taktiker. 1995 braucht er Frieden in Bosnien und Kroatien. Gleichzeitig muss Serbien wieder in die internationale Gemeinschaft aufgenommen werden. Das Land ist durch die Sanktionen zermürbt, seine Führungsriege verliert die Unterstützung. Die Stimmungslage in Serbien ist depressiv, die Wirtschaft liegt danieder, die Auswanderung aus dem Land ist stark. Der nationalistische Rausch, mit dem die Serben 1991 die jugoslawischen Folgekriege angegangen hatten, ist bereits jetzt nur noch eine blasse Erinnerung. Die streitbarsten Milosević-Gegner sind ausgerechnet die Nationalisten von Vojislav Šešelj bis Vuk Drašković, denen er in den vorherigen Jahren Raum gegeben hatte. Milosević ist Pragmatiker, und so übernimmt er nun die Rolle des Demokraten. Man kann übrigens nicht bestreiten, dass sich seine Macht bis dahin auf Wahlen und nicht auf Staatsstriche gründete. Er spricht von einem Land, das nicht serbo-montenegrinisch, sondern in Bezug auf seine Bürger multiethnisch ist, und er verweist darauf, dass es im neuen Jugoslawien große albanische, ungarische, bulgarische, kroatische sowie Roma- und noch andere Minderheiten gibt, ganz zu schweigen von montenegrinischen Autonomen und Separatisten. Sicherlich sind das nur Worte und noch keine Fakten, aber wie auch immer: Serbien muss die Spannungen im Kosovo irgendwie beilegen und sich auch aus dem bosnischen und kroatischen Krieg herausziehen, um auf der internationalen Bühne voll akzeptiert zu werden.

Auch die Albaner scheinen durch die sich in die Länge ziehende Krise mehr und mehr ermattet. Für ihre Kinder ist kein geregelter Schulbesuch mehr möglich. Krankenhäuser sind improvisierte Gesundheitszentren. Für eineinhalb Millionen Menschen besteht die Gefahr, de facto staatenlos zu werden. Es ist nicht einfach, in einem Staat nach dessen Gesetzen zu leben und gleichzeitig so zu handeln als existiere er nicht. Die Diaspora in der Schweiz, Deutschland und Schweden unterstützt die Parallelgesellschaft im Kosovo mit Überweisungen, die zunächst freiwillig sind, im Lauf der Zeit aber zu regelrechten Steuerabgaben werden, die den Emigranten allmählich lästig werden. Außerdem müssen die albanischen Hoffnungen, die 1991 bei der Auflösung Jugoslawiens einseitig proklamierte Unabhängigkeit umzusetzen, heruntergeschraubt werden. Die westlichen Großmächte, einschließlich der USA, fürchten neue Balkankonflikte und bestätigen, dass die Grenzen der sechs ehemaligen jugoslawischen Republiken, die sich in fünf Nachfolgestaaten umgewandelt haben, nicht veränderbar sind. Rugovas „Linie“ des passiven Widerstands hat der internationalen Öffentlichkeit das albanische Problem im Kosovo deutlich gemacht. Er hat die Ursache dieses Problems trefflich aufgezeigt, aber die Situation innerhalb des Kosovos selbst nicht verändert. Nach Jahren der wirkungslosen gewaltfreien Opposition steigt die Anzahl extremistischer Albaner. Vor allem Jugendliche finden sich im extremistischen Lager ein. Sie werfen Rugova vor, schwach und wirkungslos zu sein. In der Diaspora im Norden Europas, aber auch im Untergrund im Kosovo unternimmt die UCK (Ushtria Çlirimtare e Kosovës – Albanische Befreiungsarmee) ihre ersten Schritte. Sie beanstandet die „Passivität“ Rugovas. Dieser hat Kenntnis von der UCK, bestreitet aber in der Öffentlichkeit, dass es gewaltbereite albanische Gruppierungen gebe, obwohl die ersten Kugeln der UCK bereits einige Serben getötet haben. Rugova muss auf jeden Fall nach Jahren des Stillstands irgendeine politische Initiative zeigen.

Paglia und Morozzo stellen bei beiden Parteien eine gewisse Dialogbereitschaft fest. Auch die italienische Diplomatie nimmt dies wahr und wendet sich an Sant'Egidio. Die Gemeinschaft wird höflich-freundlich, aber mit Nachdruck gebeten, eine Vermittlung in Gang

zu bringen<sup>8</sup>. Zwischenzeitlich teilt die amerikanische Diplomatie den Albanern mit – freilich ohne dies die serbische Seite wissen zu lassen –, dass sie eine mögliche Vermittlung durch Sant’Egidio unterstütze. Indessen spricht US-Außenminister Warren Christopher öffentlich von einem „new status“ oder „enhanced status“ für den Kosovo, der nicht die Unabhängigkeit, sondern eine unbestimmte, weit fortgeschrittene Autonomie im Rahmen der Grenzen des neuen Jugoslawiens bedeutete.

Die Voraussetzungen für die Vermittlung sind also gegeben. Nun geht es darum, ein Arbeitsprogramm, die Personen und einen Ort für den Beginn der Treffen festzulegen. Die römische Gemeinschaft wird sowohl von den Serben als auch von den Albanern als rechtschaffene Institution ohne parteiliche Interessen geschätzt. Sie hat den Vorteil, bei den diplomatischen Vertretungen bekannt zu sein. Die Serben akzeptieren Sant’Egidio als „Helferin“, nachdem sie verschiedene internationale Vermittlungsvorschläge für den Kosovo abgelehnt hatten. Die Gemeinschaft Sant’Egidio könne nach Meinung der Serben den Dialog erleichtern, da sie eine private humanitäre und keine staatliche Vereinigung sei, was auch zutrifft. Die Albaner akzeptieren Sant’Egidio aus dem gegenteiligen Grund: Sie sehen sie als Größe außerhalb des jugoslawischen Staates, das heißt Sant’Egidio bedeutet für sie, das Kosovo-Problem internationalisieren zu können, was ebenfalls zutrifft. Dennoch ist im Sommer 1995 die Vermittlung von Sant’Egidio für die Albaner nicht die einzige Lösung, die man in Betracht zieht. Sie hoffen, dass sich die Vereinigten Staaten direkt als Beschützer um den Kosovo kümmern. Die albanische Lobby ist in der US-Politik äußerst einflussreich, die Parteispitzen der Demokraten und der Republikaner stehen der albanischen Sache wohlwollend gegenüber. In Washington kommt es noch nicht zu den Milosević-Hitler-Vergleichen von 1999, jedoch wird Milosević bereits in die Nähe von Saddam Hussein gerückt. Es herrscht die Vorstellung, dass auf dem Balkan die Serben die Bösen seien, und alle anderen, darunter die Kosovo-Albaner, die Guten. Aber Belgrad würde eine US-Vermittlung für den Kosovo nie akzeptieren. Der Gemeinschaft Sant’Egidio ist dies bewusst. Sie weiß auch, dass sie zu diesem Zeitpunkt die einzige Größe ist, deren Unterstützung sowohl den Serben als auch den Albanern willkommen ist.

Wenn auch die Voraussetzungen für den Dialog gegeben sind, braucht man dennoch Geduld, um ihn einzuleiten. Das erste Treffen zwischen den Vertretern Milosevićs und Rugovas wird einige Male verschoben, bis in den Sommer 1996. Beide Parteien hatten sich anfangs auf das Kriegsende in Kroatien (Krajina) und Bosnien im Sommer/Herbst 1995 konzentriert. Dann steht Dayton vor der Tür. Die Albaner sind zuversichtlich, dass die Verhandlungen unter US-Schutz auch das Kosovo-Problem einbeziehen würden. Daher frieren sie den Beginn des von Sant’Egidio geförderten Dialogs erneut ein. Milosević delegiert inzwischen vertraulich einen bekannten Verfassungsrechtler, Ratko Marković. Dieser wird im Juli 1995 von den Albanern umgehend abgelehnt. Darauf bestellt Milosević einen Regierungsminister aus Belgrad, Slobodan Unković<sup>9</sup>. In Dayton ist zur großen Enttäuschung Albaniens vom Kosovo nicht die Rede, denn das Thema wäre ein weiteres Problem für einen positiven Ausgang der ohnehin bereits mühevollen Verhandlungen gewesen.. In Pristina entsinnt man sich der Möglichkeit, die Vermittlung von Sant’Egidio für einen direkten Dialog mit den Serben zu nutzen. Dennoch kursieren Ende 1995 in den diplomatischen Kreisen Belgrads Gerüchte über die Initiative, die Milosević allerdings lieber im Geheimen hatte einleiten wollen. Der serbische Präsident vertagt nun den Beginn der Gespräche, Regierungsquellen dementieren die Existenz von außerhalb des Landes vermittelten Kontakten zwischen Serben und Albanern. Im Januar wird Unković überraschend zum Botschafter in China nominiert, einem für Milosević strategisch wichtigen Land. Damit wird die Bestellung eines neuen persönlichen Delegierten des Serben-Führers erforderlich. Hierzu wird Dojcilo Maslovarić bestimmt. Ihm wird in Aussicht gestellt, als Botschafter an den Heiligen Stuhl nach Rom zu kommen. Maslovarić ist ein enger Vertrauter Milosevićs, der ihm auch seine Privatangelegenheiten anvertraut<sup>10</sup>.

Paglia und Morozzo benachrichtigen die Albaner darüber, dass die Serben erneut zum Dialog bereit seien und schlagen vor, diesen in Rom einzuleiten. Rom hatten die Serben zuvor bereits akzeptiert. Agani ist bereit, nach Italien zu kommen. Anfang März findet jedoch zunächst der Kongress der serbischen Sozialisten Milosevićs statt, der die politische Aufmerksamkeit Belgrads für ein paar Wochen beansprucht. Dies führt zu einem erneuten Aufschub der Verhandlungen, die dann von Paglia und Morozzo wieder mit Besuchen in Belgrad und Pristina vorbereitet werden müssen. Die Albaner fordern Beweise für die serbische Verhandlungsbereitschaft. Paglia bittet Milosević auf Anraten des albanischen Präsidenten Berisha darum, den freien Personenverkehr zwischen Kosovo und Albanien wiederherzustellen. Milosević stimmt zu. Die serbische Regierung öffnet im April 1996 einige Grenzpässe zwischen Jugoslawien und Albanien, nimmt die Visumspflicht für Reisen nach Albanien zurück und erlaubt die vorher behinderte Wiedereinreise der albanischen Kosovaren in den Kosovo<sup>11</sup>. Der Personenverkehr innerhalb des albanischen Volks wird nach Jahren der Schwierigkeiten erleichtert. Die Isolierung der albanischen Kosovaren wird durch diese bedeutende vertrauensbildende Maßnahme erleichtert. Rugova und seine Mitarbeiter, die in der Öffentlichkeit von Serben nichts Gutes sagen dürfen, räumen im Privaten ein, dass sich in Belgrad etwas bewege.

Eine entscheidende Voraussetzung für die Einleitung eines Dialogs ist der zeitweilige Verzicht der Albaner, ihre Position einzig auf den Programmpunkt Unabhängigkeit zu gründen. Anstatt das Maximalziel zu diskutieren, akzeptieren die Albaner, sich mit begrenzten Problemen auseinander zu setzen, freilich unter der Bedingung, dass dies die Aufrechterhaltung des Maximalziels der Unabhängigkeit nicht beeinträchtigt. Dies wird vereinbart, wobei Sant'Egidio vorschlägt, *Step-by-step*-Verhandlungen über konkrete Probleme zu führen: Schule, Gesundheitswesen, Arbeit, Amnestie, Kultur, Medien, Polizei, Justizbehörde, Sport etc. Politisch-institutionelle Fragen und der Status des Kosovo stünden an letzter Stelle. Natürlich müssen die Serben ebenso dazu bereit sein, diesen *Step-by-step*-Dialog zu akzeptieren. Er impliziert, dass sie die Albaner als Bürger des neuen jugoslawischen Staates mit allen Rechten betrachten.

Die Alternative zu diesem Verhandlungsansatz wäre gewesen, unmittelbar über den politischen Status des Kosovos zu verhandeln und die verschiedenen damals im Umlauf befindlichen Hypothesen einzuschließen (Unabhängigkeit, Autonomie, dritte Bundesrepublik des neuen Jugoslawiens, „enhanced status“ etc.). Die Entscheidung zugunsten der *step by step*-Vorgehensweise ist durch die größere Erfolgswahrscheinlichkeit im Vergleich zu Verhandlungen über den Status des Kosovos bedingt, sind doch die Haltungen beider Parteien unermesslich weit voneinander entfernt. Beide orientieren sich am politischen Radikalismus. Übrigens halten in den Jahren 1995-1996 alle internationalen Beobachter ein Abkommen direkt über die Statusfrage für unmöglich. Auch Berisha und Gligorov, die Präsidenten der beiden an den Kosovo angrenzenden Staaten Albanien und Mazedonien, sind hinsichtlich Verhandlungen über den Status skeptisch und raten Paglia und Morozzo dazu, *step by step* vorzugehen.

### *Das Abkommen vom 1. September 1996*

Bei mehreren Treffen in Rom zwischen Juli und August 1996 vereinbarten Albaner und Serben<sup>12</sup> eine Tagesordnung für ihren Dialog und nehmen insbesondere die Frage des Hochschulwesens in Angriff. Diesbezüglich übergeben die Albaner eine Wunschliste. Am 1. September wird das Schul- und Universitätsabkommen unterzeichnet, das in den folgenden Jahren zu Recht berühmt wurde. Milosević und Rugova unterzeichnen das Abkommen, ohne sich zu treffen – der eine in Belgrad, der andere in Pristina. Das Dokument sieht die Rückkehr der albanischen Jugend in die öffentlichen Schulen und Universitäten vor, die sie seit fünf

Jahren nicht mehr betreten hatten (wegen Boykotts nach Meinung der Serben, nach Meinung der Albaner, weil sie ausgeschlossen wurden). Außerdem regelt es die „Normalisierung“ des Schulsystems im Kosovo, auf die die Verhandlungen, die zur Unterschrift geführt haben, im Großen und Ganzen ausgerichtet waren, wie die Rückkehr der albanischen Jugend in das öffentliche Schulsystem und die Verwendung von Albanisch als Unterrichtssprache. Das Gesamtpaket muss durch eine technische Kommission beider Parteien ausgearbeitet werden. Eine Besonderheit des Abkommens liegt darin, dass es auf gleicher Ebene vom Präsidenten eines Staates und einem seiner einfachen Bürger ohne offizielle Titel unterschrieben wird. Mit Rugova wird über die Tatsache gescherzt, wie ungewöhnlich von den beiden Unterschriften unter dem Abkommen die seine sei, da er doch juristisch gesehen ein gewöhnlicher Bürger sei. Der Text des Abkommens lautet wie folgt:

„Seit nunmehr einigen Jahren funktioniert das Erziehungssystem im Kosovo - von der Grundschule bis hin zur Universität – nicht ordnungsgemäß.

In gegenseitiger Übereinstimmung haben die Unterzeichner, Herr Slobodan Milosević, Präsident der Republik Serbien, und Dr. Ibrahim Rugova entschieden, Schritte zur Normalisierung des Erziehungssystems für die jungen Albaner im Kosovo auf allen Ebenen einzuleiten.

Diesbezüglich sieht das erzielte Abkommen die Rückkehr der albanischen Schüler, Studenten und Lehrkräfte in die Schulen und Fakultäten vor.

Das vorliegende Abkommen steht wegen seiner sozialen und humanitären Bedeutung über der politischen Debatte. Die Sorge um die Zukunft der jungen Albaner im Kosovo, die die Unterzeichner sehr stark empfinden, hat sie zu diesem Abkommen geführt.

Die Unterzeichner danken ihren gemeinsamen Freunden der Gemeinschaft Sant'Egidio für ihren großzügigen Einsatz und ihre wertvolle Hilfe und Unterstützung, die sie für den Dialog geleistet haben.

Die Unterzeichner sind sich zudem des Einsatzes all jener gewiss, denen die Umsetzung des Abkommens zur Normalisierung des Erziehungssystems anvertraut wird. Es wird eine gemischte Gruppe (3+3) eingesetzt werden, die das Abkommen umsetzen soll.

Wenn sich die jungen Menschen in Ruhe ihrer kulturellen Bildung widmen, um zu verantwortlichen Bürgern zu werden, bedeutet dies den Sieg der Zivilisation selbst, nicht den Sieg einer Seite über die andere.“<sup>13</sup>

Am Tag nach der Unterzeichnung sind die Albaner mit internen Auseinandersetzungen über die Zweckdienlichkeit des Abkommens beschäftigt. Es handelt sich um politische Diskussionen, die auch durch die Tatsache hervorgerufen werden, dass nur Rugova und seine engen Anhänger die Verhandlungen geführt hatten, die notgedrungen geheim waren, da sie sonst möglicherweise gescheitert wären. Es ist auch zu bemerken, dass Präsident Berisha in Tirana das Abkommen erst lobt, aber bald den Kurs ändert und es als einen Trick der Serben kritisiert. Im Gegensatz zu ihrer Führungsriege nimmt die albanische Bevölkerung das Abkommen jedoch mit großem Enthusiasmus auf. Sie sehen in ihm ein Anzeichen für Entspannung in ihrem schwierigen täglichen Leben. Für Rugova liegt darin die Bestätigung, dass die Entscheidung richtig war.

Fast augenblicklich beginnen die Auseinandersetzungen zwischen den Parteien mit einem Streit über die Zusammensetzung der gemischten 3+3-Kommission. Milosević ernennt die drei serbischen Mitglieder der Kommission, während die Albaner zögern. Rugova muss sich gegen Angriffe in Bezug auf das Abkommen verteidigen, die von mehreren Seiten kommen: von den politischen Kosovo-Vertretern auch aus seiner Partei, dem albanischen Präsidenten Berisha, den Medien in Tirana. Infolge seines – nicht wirklich balkanischen – Stils, der ihn berühmt gemacht hat, reagiert Rugova nicht, sondern wartet ab und lässt die Spannungen nachlassen, ohne sich zu äußern. Aber schließlich werden auch die albanischen Nominierungen beschlossen.

Die erste Versammlung der 3+3-Kommission findet Ende Januar 1997 statt. Der Minister Ratomir Vico ist Leiter der serbischen, Fehmi Agani Leiter der albanischen Delegation<sup>14</sup>. Die Albaner sind aggressiv. So wollen sie den Ernst der Absichten der Serben testen. Insbesondere behaupten sie, nur ein Mandat für die Rückkehr der Jugend in die Hochschulen und Universitäten zu haben. Dies und nichts anderes wäre die vom Abkommen

vom 1. September 1996 vorgesehene „Normalisierung“. Die Serben behaupten, dass die Rückkehr in die Schulen gleichzeitig mit einer allgemeinen Diskussion über das Schulsystem (Lehrpläne, Diplome, übergeordnete Verwaltungsbehörden etc.) erfolgen müsse. Sie zeigen jedenfalls ihre Bereitschaft, die Rückkehr der Albaner zu unterstützen – angefangen bei den Schulen. Die Albaner antworten, dies sei unzureichend, sie fordern gleichzeitig mit den Schulen sofort auch die Universitäten: entweder alles zusammen – sagen sie – oder das Abkommen vom 1. September verfallende. Die erste Zusammenkunft ist ein Fiasko. Die Teilnahme von Vertretern der Gemeinschaft Sant’Egidio bei den 3+3-Gesprächen ist im Abkommen vom 1. September nicht vorgesehen. Doch jetzt, nach dem Scheitern des ersten Treffens, schlägt Paglia Milosević und Rugova vor, ihre Teilnahme zuzulassen, um den Dialog zu erleichtern. Beide halten dies für zweckdienlich. Für Rugova stellt es eine weitere Internationalisierung des Kosovo-Problems dar und eine Garantie für die korrekte Umsetzung des Abkommens. Milosević seinerseits will, dass die 3+3-Gespräche starten. Die Kontaktgruppe für das ehemalige Jugoslawien<sup>15</sup> fordert den Serbenführer auf, das Abkommen schnell in die Praxis umzusetzen. Um Fortschritte im Kosovo-Konflikt zu erzielen, soll eine Verbindung zwischen dem *lifting* der *outer wall of sanctions* (der sogenannten Finanzmauer der Sanktionen gegenüber dem neuen Jugoslawien, die nach Aufhebung des Handelsembargos geblieben ist, um Belgrad dazu zu bringen, alle Bedingungen von Dayton zu erfüllen) und Fortschritten in der Kosovo-Sache hergestellt werden. Die stockenden Verhandlungen drohen Milosević teuer zu stehen kommen. Es muss ihm gelingen, die internationale Isolierung zu überwinden. Auch deshalb ist Milosević nicht nur davon überzeugt, dass Sant’Egidio an den 3+3-Gesprächen teilnehmen sollte, um sie in Gang zu setzen, sondern er will auch, dass Msgr. Paglia deren Vorsitz übernimmt, da dieser sowohl von ihm als auch von Rugova akzeptiert werde.

Bei der zweiten Versammlungsrunde legen jedoch die Serben den albanischen Forderungen einige Hindernisse in den Weg. Diesmal sind sie es, die einen unnachgiebigeren Eindruck machen. Sie scheinen einen Verhandlungssieg über die Albaner erreichen zu wollen, nicht aber die Auseinandersetzungen beilegen und bei der Umsetzung des Abkommens vorankommen zu wollen. In zwei Gesprächen mit Milosević fragt Paglia im Februar nach den Gründen für diese Haltung und hebt den ultimativen Charakter der albanischen Forderungen bezüglich der Universitäten hervor. Unterdessen reisen Morozzo, Mario Giro und Paolo Rago durch den Kosovo, um noch einmal den Zustand der Schul- und Universitätsräumlichkeiten in der Region zu überprüfen, die in vielen Fällen von den Serben nicht im vollen Umfang oder gar nicht genutzt werden. Offensichtlich steckt hinter den serbischen Erklärungen, dass keine Universitätsräume verfügbar seien, da sie kaum für die bereits vorhandenen Studenten ausreichen, der Wunsch, den Albanern keine Zugeständnisse zu machen. Vielleicht wird eine harte Reaktion der Kosovo-Serben befürchtet, worauf in Belgrad oft angespielt wird. Nachdem Paglia Milosević mit der Perspektive konfrontiert, dass das Abkommen vom 1. September auch annulliert werden könnte, sichert dieser seinen Einsatz für die Rückkehr der Albaner an die Universitäten zu. Er will dies durch Druck auf die politischen und akademischen Autoritäten in Pristina erreichen.

Das Abkommen vom 1. September wurde von Rugova und Milosević als humanitäres und nicht als politisches Abkommen bezeichnet, wofür jeder seine Gründe hatte: Milosević bezeichnet es so, um den serbischen, insbesondere den kosovo-serbischen Nationalismus nicht zu schüren und den Vorwurf des Ausverkaufs des Kosovo an die Albaner zu vermeiden; Rugova, um seinem eigentlichen politischen Ziel der Unabhängigkeit nicht durch Vereinbarungen mit dem Feind, die eben politischer Natur wären, zu schaden. Jedoch zeigen die Ereignisse der ersten sechs Monate nach dem Abkommen, dass dieses von allen Seiten als hoch politisch aufgenommen wurde. Die Forderung der Albaner, das Universitätsthema mit Priorität zu verhandeln, ist der Notwendigkeit geschuldet, einen politischen Erfolg vorzuweisen, werden doch die internen Widerstände gegen die Führung Rugovas und seiner



Partei immer stärker. Ähnlich verhält es sich mit dem Vorschlag, mit der Rückkehr an die Schulen und nicht an die Universitäten zu beginnen. Milosević sah sich zu dieser Forderung vom politischen Kalkül gezwungen, die serbische öffentliche Meinung nicht zu sehr zu irritieren. Die aus dem Abkommen vom 1. September resultierende 3+3-Kommission stellt in dieser Zeit den einzigen Dialograhmen zwischen Serben und Albanern dar. Es gibt keine anderen diplomatischen oder politischen Begegnungsmöglichkeiten, bei denen Serben und Albaner miteinander sprechen können. Der internationalen Gemeinschaft ist es nach dem Scheitern der 1993 in Genf eröffneten Gespräche nicht mehr gelungen, Serben und Albaner zum direkten Dialog zu bewegen. In Wahrheit bestand daran auch kein allzu großes Interesse. Die Exekutivkommission für das Abkommen stellt daher ein Ersatzforum für alle Geschehnisse im Kosovo dar und wird zu einem Ort gegenseitiger Polemiken und politischer Auseinandersetzungen, die mit der Bildungsfrage nichts mehr zu tun haben. Auch wenn ein scharfer Ton vorherrscht, bietet die Kommission den Serben und Albanern die Gelegenheit sich zu treffen, und sie ermöglicht, dass die politische Diskussion der Parteien nicht nur aus den schroffen Erklärungen besteht, die von fern, in Belgrad und Pristina, abgegeben werden. Auf jeden Fall haben beide Parteien Mühe, dem Abkommen einen humanitären Wert zuzuerkennen. Das spiegelt sich bei den Treffen der 3+3-Kommission in den Sommer hinein wider. Die schwere Krise in Albanien trägt zur ausweglosen Situation bei. Sie beunruhigt das Umfeld der Kosovo-Albaner enorm und beschäftigt Sant'Egidio mehr in Bezug auf Tirana als in Bezug auf Pristina<sup>16</sup>. Permanent gerät man über die politischen Aspekte der erörterten Punkte ins Stocken. Eine besondere Schwierigkeit stellt die Interpretation der im Abkommen angeführten „Normalisierung“ dar. Die Serben verstehen darunter irgendeine Form der Integration der Albaner in das nationale Schulsystem. Die Albaner hingegen verstehen darunter die reine Inbesitznahme öffentlicher Gebäude, ohne Wechselbeziehung zum nationalen Schulsystem, was eine Anerkennung des jugoslawischen Staates mit sich bringen würde. Es muss erwähnt werden, dass die Albaner nach 1991 weiterhin den Großteil der Grundschulen genutzt haben (sie sehen sie als aus dem föderalen Schulsystem ausgenommen an, während die jugoslawischen Behörden sich dafür entscheiden, sich nicht einzumischen, um weitere Krisen zu verhindern).

Streitgegenstand sind einige Dutzend weiterführende Schulen und Universitäten. Etwa 300.000 albanische Kinder und Jugendliche besuchen tatsächlich regelmäßig bis zur achten Klasse die Schule, sie verwenden die albanische Sprache und albanische Lehrpläne. Ungefähr 48.000 Schüler und 12.000 Studenten haben jedoch in den öffentlichen Gebäuden keinen Platz und bilden das sogenannte Parallelunterrichtssystem. Auf diese 60.000 sollte sich das Abkommen zwischen Milosević und Rugova beziehen.

Um das Abkommen vom 1. September umzusetzen, plädieren Paglia und Morozzo, die an den 3+3-Treffen teilnehmen, vor allem für die Rückkehr der albanischen Studenten in die Unterrichtsräume. Die Serben müssen die ersten Zugeständnisse machen, weil gerade die jungen Albaner die Hauptleidenden dieser Krisensituation sind. Erst muss die Rückkehr sichergestellt werden, dann kann über Diplome, Stempel, Lehrpläne, Verwaltung – das heißt über die Integration – diskutiert werden, von der die Albaner nichts wissen wollen. Die Serben sollen davon überzeugt werden, dies zu akzeptieren. Sie scheinen jedoch ein doppeltes Spiel zu spielen. Wenn man mit Milosević spricht, sind Anzeichen guten Willens zu sehen, doch am Verhandlungstisch sind die drei serbischen Delegierten unnachgiebig, formell und verschlossen.

Von August bis Dezember 1997 sind die Verhandlungen festgefahren. Nach der Krise Albaniens in der ersten Hälfte des Jahres 1997 spitzt sich die politische Krise in Serbien mit angefochtenen Wahlen, Anti-Milosević-Demonstrationen, internationalen Interventionen zur Kontrolle der Demokratie, wiederholten ergebnislosen Regierungsgesprächen und -verhandlungen zu. Milosević befindet sich im Auge des Wirbelsturms und verteidigt seine Macht. Die Verhandlungen können erst im Januar 1998 wiederaufgenommen werden. Von

serbischer Seite ist jetzt ein größerer politischer Wille vorhanden, das Abkommen umzusetzen, getragen von der Notwendigkeit einer internationalen Rehabilitierung Milosevićs. Nach Dayton, wo seine Vermittlung entscheidend für den Frieden war, schien sein Glücksstern stark zu steigen. Nun, mit der inneren serbischen Krise, in der zumindest bei den Verwaltungen einiger größerer Städte Wahlbetrugsversuche unternommen wurden, sinkt sein Stern.

### *Die Umsetzung des Abkommens*

In den ersten Monaten des Jahres 1998 pendeln Paglia, Morozzo, Giro und Rago ständig zwischen Belgrad und Pristina hin und her, während die Versammlungen der 3+3-Kommission in regelmäßigem Rhythmus wiederaufgenommen werden. Die Vermittler mühen sich ziemlich ab, weil keine der beiden Parteien in der Kommission ihren guten Willen zeigt. Auf serbischer Seite erfordert jeder Schritt nach vorne die persönliche Intervention Milosevićs, ansonsten scheinen die drei serbischen Mitglieder der 3+3-Kommission wie gelähmt. Auf albanischer Seite ist dagegen ein Anstoß durch die Amerikaner vonnöten. Sant'Egidio ist es gelungen, die US-Diplomatie aktiv in die Verhandlungen zu involvieren. Bob Gelbard, der auf Richard Holbrooke als Gesandter Washingtons in der Region nachfolgt, arbeitet aus der Nähe an der Vermittlung mit, in engem Kontakt mit Außenministerin Madeleine Albright. Albright begibt sich am 7. März 1998 bei einem Rom-Besuch zum Sitz der Gemeinschaft Sant'Egidio in Trastevere, um unter anderem über den Kosovo zu diskutieren. Sie lässt wissen, dass die USA für die Kosovo-Albaner einen anderen Anführer als Rugova wünschen würden. „Denken Sie, dass Rugova noch immer ein Mann ist, auf den man setzen kann?“ Die Antwort lautete: „Ja, wenn wir Frieden wollen“. Madeleine Albright ist zum Zeitpunkt ihres Besuchs in Trastevere auf jeden Fall der Ansicht, dass die Vermittlung von Sant'Egidio im Kosovo wirksam ist und unterstützt werden muss. In diesem Zusammenhang definiert sie die Gemeinschaft als eine Gruppe von „wonderful people“<sup>17</sup>.

Wenige Monate später sollte Hashim Thaçi, der Führer der paramilitärischen Organisation UCK, Rugova tatsächlich in der amerikanischen Gunst ablösen. Infolgedessen musste sich Rugova, obwohl er am 22. März 1998 erneut zum Präsidenten gewählt wurde, bei den Verhandlungen von Rambouillet<sup>18</sup> mit der zweiten Reihe zufrieden geben, als wäre er ein Gefolgsmann des international noch unbekanntes Thaçi. Schließlich waren es die Wahlen im Kosovo, die den Serben abgerungen wurden, nachdem der Krieg von März bis Juni 1999 beendet war, die zu einer deutlichen Distanz zwischen Rugova und dem Guerilla-Führer auf der heimischen politischen Bühne führten.

Aber bleiben wir bei Anfang März 1998. Die Unterstützung für Sant'Egidio durch Albright ist nützlich, um die Albaner zu einer kollaborativen Haltung bei den 3+3-Gesprächen zu bewegen. Wenn die Amerikaner auf der Seite von Sant'Egidio stehen, dann akzeptieren die Albaner ihre Vorschläge. Auch die größeren europäischen Länder und die Kontaktgruppe in ihrer Gesamtheit, Russland eingeschlossen, unterstützen die Vermittlung von Sant'Egidio. Dies ist aber vor allem bei den Serben nützlich, weil die Albaner anscheinend ausschließlich auf die Amerikaner hören.

So kommt es am 23. März 1998 bei einer pathetischen und feierlichen Zeremonie in der Bibliothek der Universität von Pristina zur Unterzeichnung eines *timetable* für die Umsetzung des Abkommens vom 1. September 1996<sup>19</sup>. Für die Serben ist es das „Rückkehr“-Programm der jungen Albaner an die Universitäten und die weiterführenden Schulen, und für die Albaner bedeutet es die „Rückgabe“ der verschiedenen Gebäude der Hochschulen und der weiterführenden Schulen. In Wirklichkeit werden lediglich die Gebäude zurückerstattet. Die albanischen Studenten kehren nämlich zunächst nicht an die Hochschulen zurück, da serbische und albanische Studenten nicht in den gleichen Gebäuden studieren wollen. Die

serbische Regierung muss den Forderungen der albanischen Seite im Wesentlichen entsprechen. Die Albaner haben keine Zugeständnisse gemacht bzw. sie haben mit der Akzeptanz der „Rückgabe“ der Gebäude ein politisches Entgegenkommen gezeigt, um der Umsetzung des Abkommens vom 1. September 1996 Fortgang zu gewähren. Die Albaner fühlen sich jetzt auf internationaler Ebene stark. Sie wissen, dass Serbien dagegen geschwächt ist. Am 8. März werden zwanzig Albaner ermordet. Unter ihnen befinden sich Frauen und Kinder des Jashari-Clans, dessen Familienoberhaupt infolge der von Dayton hervorgerufenen Enttäuschung, aber auch als Alternative zum passiven Widerstand Rugovas den bewaffneten Kampf der UCK, der antiserbischen Guerilla, unterstützt hatte. Bei der internationalen Gemeinschaft bringt das Blutbad Serbien auf die Anklagebank.

Unmittelbar danach erhalten die Albaner das Institut für Albanologie der Universität Pristina zurück, ein äußerst symbolträchtiges Gebäude, da hier in den 1970er Jahren der kosovo-albanische Nationalismus geformt wurde. Spontaner Applaus Tausender in der Nähe des Instituteingangs versammelter Albaner ist zu vernehmen, als ein Sekretär von Rugova die endlich wiedererhaltenen Schlüssel in der Luft schwenkt (die serbischen Unterhändler hatten die Schlüssel nicht ihm direkt, sondern den Vermittlern von Sant'Egidio zur Weitergabe an die Albaner ausgehändigt, um Missverständnisse zu vermeiden, da sich beide Parteien misstrauten. Schließlich brauchte man zur Schlüsselübergabe einen Vermittler, welcher der einen Seite garantierte, dass sie ausgehändigt werden würden, und der anderen, dass es die richtigen waren). Wenige Tage später werden den Albanern auch die Gebäude der drei Technischen Fakultäten übergeben. Die serbischen Studenten lehnen sich dagegen auf und besetzen die Baulichkeiten. Die serbische Polizei muss sie gewaltsam evakuieren, zum ersten Mal. Noch nie zuvor hatte man im Kosovo gesehen, dass die serbische Polizei gegen Serben hart vorging. Zwischen April und Juni wird darüber diskutiert, welche anderen Universitätsfakultäten den Albanern übergeben werden müssen. Die Serben machen verschiedene Vorschläge, die von den Albanern abgelehnt werden. Sie fordern die Gebäude der geisteswissenschaftlichen Fakultäten auf dem Universitätscampus im Zentrum Pristinas. Das Angebot der Serben betrifft zwar großräumige, aber marginale Gebäudekomplexe des Campus. Es sind heiße Monate: Nach dem Massaker an den Jasharis im März wird die UCK ein Massenphänomen. Von wenigen Hundert Mitgliedern wächst sie bald auf 25.000 bewaffnete Kämpfer an, die mit Waffen versorgt werden, welche massenweise aus Albanien kommen.

Dies sind die Vorboten des offenen Kriegs vom Sommer 1998. In diesem Krieg überwiegen die serbischen Kräfte. Er kostet ungefähr 500 Menschen das Leben und führt zu Zehntausenden Evakuierten, die zu gleichen Teilen auf die beiden sich bekämpfenden ethnischen Gemeinschaften verteilt sind. Der Kriegszustand behindert die Fortsetzung der Verhandlungen der 3+3-Kommission. Alles schaut auf den Ausgang des Gefechts. Die zunächst militärisch überlegenen Serben erzielen einen Pyrrhussieg, denn sie müssen feststellen, dass das Kosovo-Problem von einer internen serbischen Angelegenheit zu einer internationalen Angelegenheit geworden ist. Die Internationalisierung sollte in einem sehr schnellen Prozess zum Krieg von 1999 führen. Doch das ist eine andere Geschichte<sup>20</sup>. Hier ist zu erwähnen, dass die Gewalt- und Konflikteskalation die Bedeutung des Dialogs, der aus dem Abkommen von 1996 zwischen Milosević und Rugova hervorging, stark vermindert. „Zu den Waffen“ lautet nun die Parole. Auch der friedfertige Rugova verliert vorübergehend an Autorität, zwar nicht unter seinen Landsleuten, wohl aber bei der internationalen Gemeinschaft. Die westlichen Mächte schauen interessiert auf die UCK. Die Amerikaner ziehen den Guerillero Thaçi Rugova vor. Rugova wurde von Holbrooke, der vorübergehend auf die Bühne des Balkans zurückgekehrt war, gezwungen, Milosević erstmalig persönlich zu treffen. Nach tage- und nächtelangen Diskussionen begibt sich Rugova gegen seinen Willen nach Belgrad, weil er in den Amerikanern eine Macht sieht, die er für seine Anliegen braucht. Das Treffen am 15. Mai 1998 ist, wie er es selbst schon befürchtet hatte, eine Schmach für

Rugova: Er erreicht nichts und wird in der Propaganda der UCK noch sarkastisch als Freund des serbischen Diktators verspottet. Dies ist übrigens das letzte Mal, dass die Amerikaner auf Rugova bauen. Bob Gelbard, der im April 1998 die Männer der UCK als „terrorists“ bezeichnete, nennt sie im Juni „insurgents“. Gegen die ab März 1998 in Albanien erfolgte Mobilmachung intervenierten weder die Vereinigten Staaten noch die NATO. So wird die UCK in aller Öffentlichkeit mit Männern, Waffen und Nachschub versorgt. Im Norden Albanien sieht man keine Esel mehr: Sie werden alle für den Transport von Kriegsmaterial über die Berge, die an Jugoslawien grenzen, gebraucht. Die Tätigkeiten von Sant’Egidio wurden immer von der Kontaktgruppe und vor allem von den Vereinigten Staaten unterstützt. Jetzt ändert sich der Rahmen. Man bereitet sich auf den Krieg der NATO gegen Milosević vor.

Bei einem gleichwohl wieder einberufenen 3+3-Gespräch im Februar 1999 übrigen beschließen die Serben und Albaner unerwartet die volle Umsetzung des Abkommens von 1996 in Bezug auf die Universitäten. Alle von den Albanern gewünschten Fakultäten werden von den Serben zurückgegeben. Das ist aber mittlerweile nur noch ein Randereignis. Rugovas „Tauben“ zählen nicht mehr, das Spiel wird von den „Falken“ der UCK mit Unterstützung der USA und Englands angeführt. Am 23. März fallen die ersten Bomben der NATO auf Serbien. Die Serben reagieren sofort, indem sie die Albaner massenweise aus dem Kosovo vertreiben. In wenigen Wochen werden 800.000 Albaner – ungefähr die Hälfte aller Albaner in dieser Gegend – nach Mazedonien oder Albanien vertrieben. Dies wird es der NATO ermöglichen, sich auf die laufenden ethnischen Säuberung zu berufen und den Kriegseinsatz als humanitären Eingriff zu legitimieren. Auf Seiten Washingtons, wo der Einsatz geplant worden war, und seitens des US-Generals Wesley Clark, der die NATO turnusmäßig leitete, schien er hingegen eher die Merkmale eines direkten Krieges gegen Serbien anzunehmen. Die Verknüpfung von Bomben und Flüchtlingen durch die Medien seit Beginn des Konflikts sollte dazu führen, dass sich in der westlichen Öffentlichkeit genau die Überzeugung von einer humanitären Intervention der NATO infolge einer ethnischen Säuberung festsetzt, während die ethnische Säuberung in Wirklichkeit nach dem westlichen Militäreinsatz und als dessen Folge stattfand. Die Gründe dafür sind anderswo zu suchen. Die ungerechtfertigte politische Herrschaft über die Kosovo-Albaner seitens der serbischen Minderheit spielte ebenso eine Rolle wie die große Aversion der Regierungen und der westlichen Öffentlichkeit gegen Milosević, der als einziger oder hauptsächlich Verantwortlicher für ein Jahrzehnt voller Konflikte im ehemaligen Jugoslawien angesehen wurde.

Mit einem letzten Versuch, friedliche Lösungen zu fördern, begibt sich zehn Tage nach Beginn der Bombardierungen eine Delegation von Sant’Egidio unter Leitung von Paglia nach Belgrad. Milosević ist in dieser Phase entschlossen, bis zum Äußersten Widerstand zu leisten. Vielleicht hofft er auf interne Spaltungen unter den NATO-Ländern, die zu gegebener Zeit zur Beendigung des Krieges führen würden. Paglia fordert die serbische Regierung auf, die aus den Bombardierungen resultierende Wut nicht auf die Kosovo-Albaner abzuwälzen und die Menschenrechte dieser Bevölkerungsgruppe zu respektieren. Während Paglia sich in Belgrad befindet, gelingt es ihm unerwartet, mit Rugova zu kommunizieren. Rugova wird von der serbischen Polizei in seinem Haus in Pristina gefangen gehalten, nachdem zahlreiche, teilweise abenteuerliche Gerüchte über das Schicksal des Albaner-Führers kursierten, dessen Feinden es gelang, ihn der heimlichen Kollaboration mit Milosević zu beschuldigen. Der Einsatz der Gemeinschaft Sant’Egidio für die Befreiung Rugovas in diesen ersten Apriltagen und dann vier weitere Wochen lang stellt eine Hoffnung auf einen Verhandlungsfrieden dar, falls die Serben sich darauf versteifen sollten, sich der NATO-Forderung nach einer Kapitulation zu widersetzen. Cornelio Sommaruga, der Präsident des Internationalen Roten Kreuzes, wiederholt bei einem Treffen mit Milosević im Einverständnis mit Paglia die Forderung, Rugova freizulassen<sup>21</sup>. Dieser erhält schließlich Bewegungsfreiheit und erreicht am 6. Mai Rom in einem von der italienischen Regierung bereitgestellten Flugzeug.

## *Was kann die Diplomatie leisten?*

Mit dem vom 24. März bis zum 10. Juni 1999 andauernden Krieg beginnt ein neuer Abschnitt in der Geschichte des Kosovos. Das Zwanzigste Jahrhundert endet unter albanischer Flagge. Während dieses Jahrhunderts haben in vier Phasen die Serben und in fünf Phasen die Albaner dominiert<sup>22</sup>. Die Verlierer waren jeweils die Leidtragenden. Es lässt den ethnischen Hass weiter bestehen, dass die Auseinandersetzungen auch im Jahr 1999 mit Waffen gelöst wurden. Allein der Weg des Dialogs und einer diplomatischen Lösung kann ein würdevolles Zusammenleben beider Ethnien gewährleisten. Die internationale Gemeinschaft hat die Vermittlung von Sant'Egidio in den Jahren 1996 bis 1998 treu unterstützt. Fast scheint es, sie wolle wiedergutmachen, dass sie sich während der Kosovo-Krise von 1989 bis zum Frühling 1998 gänzlich herausgehalten hatte. Als es der UCK gelang, die Krise zuzuspitzen, indem sie mit intelligenten Strategien serbische Gewalt und folglich Blutvergießen provozierte, wurde die internationale Gemeinschaft plötzlich auf die weitreichende Bedeutung der Kosovo-Krise aufmerksam, die bereits ihren Höhepunkt erreicht hatte. An diesem Punkt erschien es schwierig, einen diplomatischen Weg einzuschlagen. Die NATO hatte sich bereits während der Treffen im Kosovo im Sommer 1998 auf den Krieg gegen Jugoslawien vorbereitet, während die Vereinigten Staaten und Großbritannien die UCK zuerst politisch und dann auch logistisch unterstützen. Die Mission der zweitausend OSZE-Beobachter, die sich im Winter 1998-1999 im Kosovo aufhielten, war im Inneren von dem Kontrast zwischen den Angelsachsen, die zur Krisenlösung den Casus Belli anstrebten, und jenen europäischen Mitgliedern gezeichnet, die versuchten, neutral und ausgleichend zu wirken. Washington und London waren bereits fest davon überzeugt, dass die Probleme des Kosovo (und auch die Bosniens und des Balkans generell) im Wesentlichen gelöst wären, wenn Milosević und sein Regime eliminiert werden würden. Am 16. Januar 1999 rief das Massaker von Racak die notwendigen Emotionen hervor, damit auf internationaler Ebene die Kosovo-Krise entschieden in Angriff genommen werden konnte, in der sich die UCK und serbische Streitkräfte weiterhin gegenseitig den Tod brachten. Der Hergang dieses Massakers und die Verantwortlichkeiten konnten nie abschließend geklärt werden. Um den von Washington gewünschten unmittelbar bevorstehenden Schlag gegen Serbien zu verhindern, forderten die Europäer letztmalig eine Verhandlung mit ultimativen Fristen. Auf den beiden Gipfeln von Rambouillet, bei denen die angelsächsische Seite mit Madeleine Albright offen die Albaner unterstützte, wurden für Jugoslawien unerfüllbare Forderungen gestellt (wie die Freizügigkeit der NATO-Soldaten auf dem gesamten jugoslawischen Staatsgebiet, beinahe eine Militärbesetzung), die eine Weigerung Belgrads und damit den Krieg unvermeidbar machten. Nebenbei ist zu erwähnen, dass Sant'Egidio bei den Vermittlungen von Rambouillet eher in die eiligen Vorbereitungen als in ihren Verlauf involviert war. So bat der englische Außenminister Robin Cook während eines London-Besuchs Paglias diesen darum, bei Milosević und Rugova darauf zu dringen, persönlich nach Rambouillet zu kommen. Paglia setzte sich ans Telefon und sprach mit beiden. Tatsächlich kam Rugova nach Rambouillet. Ebenso kam die Nummer zwei aus Belgrad, der Präsident der Republik Serbien, Milan Milutinović, obwohl erst eine niederrangigere Delegation vorgesehen war. Cook erläuterte Paglia gegenüber auch die Forderungen an die Serben, unter anderem die Freizügigkeit von NATO-Truppen auf jugoslawischem Staatsgebiet. Diese Forderung sollte dann ein unüberwindliches Hindernis für die Verhandlungen darstellen. Paglia erklärte, dass die Serben das nicht akzeptieren würden, doch auf englischer Seite bestand die Überzeugung, dass die Serben auf jeden Fall einlenken würden, um nicht bombardiert und „zerstört“ zu werden.

Wenn die Implementierung des Abkommens von 1996 nicht verspätet worden wäre, hätten die Ereignisse im Kosovo vielleicht einen anderen Ausgang genommen und sowohl Albaner als auch Serben hätten um vieles weniger gelitten. Hier liegt die Verantwortung vor

allem bei Milosević, einem hervorragenden Taktiker und miserablen Strategen, der ungern Zugeständnisse in Bezug auf Vereinbarungen machte, die Rugova versprochen worden waren, um gemäß seinem Machtkalkül die Zustimmung innerhalb Serbiens nicht zu verlieren. Die Voraussetzung dafür wäre allerdings gewesen, dass eine geschlossen handelnde internationale Gemeinschaft die Geduld aufgebracht hätte, sowohl auf die Serben als auch die Albaner weiterhin starken Druck auszuüben, damit die Verhandlungen funktionierten.

Es ist aber darauf hinzuweisen, dass auch die Albaner erhebliche Zweifel an der Unterzeichnung des Abkommens hatten. Wenn die Sicherheit bestanden hätte, dass die NATO 1999 Serbien angreifen würde, hätten die Albaner gewartet, ohne irgendetwas zu unterzeichnen. So wäre durch die westlichen Bombardierungen endlich die ersehnte Unabhängigkeit erreicht worden, wie es in gewisser Weise auch geschah, wenn auch mit einer weiteren Verzögerung von neun Jahren. Es war nicht das Kalkül Rugovas, sondern der UCK, die westlichen Mächte in einen Befreiungskrieg zu verwickeln. Nicht von ungefähr wurde das Abkommen vom 1. September 1996 von der UCK mit allen Mitteln bekämpft. Krieg schien notwendig, nicht Diplomatie. Die albanischen Mitglieder der 3+3-Kommission erhielten seit ihrer Ernennung Morddrohungen von UCK-Leuten. Dies hat sie sicher in ihrem Willen zur Umsetzung des Abkommens beeinträchtigt, abgesehen von den Anweisungen, die Rugova ihnen gab. Es handelte sich um reelle Drohungen. So ermordete die UCK im Zeitraum von 1996 bis 1998 Dutzende Kosovo-Albaner, die der Kollaboration mit den Serben beschuldigt worden waren, da sie nach 1989 im öffentlichen Dienst blieben oder Mitglieder von in Belgrad vertretenen Parteien waren. Andererseits bestand in allen albanisch ausgerichteten politischen Lagern des Kosovo in den neunziger Jahren ein einziges Leitmotiv, das den Kampf zwischen den verschiedenen Fraktionen, aber auch innerhalb der Mehrheitspartei von Rugova beeinflusste: die Unversöhnlichkeit gegenüber den Serben. Der politische Kampf wurde in Pristina geführt. Der jeweilige Gegner wurde der Nachgiebigkeit gegenüber dem ethnischen Feind beschuldigt. Andere Inhalte waren schwer zu finden.

Rugova hatte aufgrund seines humanitären Geistes, der ihn über den Rest der Politiker des Kosovo stellte, das Schul- und Universitätsabkommen gewollt, um der erschöpften albanischen Zivilbevölkerung eine Atempause zu gewähren. Durch die Verzögerung bei der Implementierung durch Milosević erhielten all diejenigen in seiner Partei Auftrieb, die jegliche Verhandlungslösung mit den Serben ablehnten. Es war besser, ein Opfer des Regimes aus Belgrad zu bleiben, bis die internationale Gemeinschaft auf irgendeine Weise zu Hilfe kam. Hierdurch versuchte die UCK, die Spannungen zu erhöhen, wie bereits festgestellt. Den gleichen Gedankengang hatten aber auch die von Rugova zum 3+3-Treffen beauftragten Unterhändler, darunter ein erfahrener Politiker wie Agani. Agani erklärte in vertraulichen Gesprächen, dass eine Lösung des Schul- und Universitätsproblems – es war seine innerste Überzeugung, die die Treue zu Rugova nicht beeinträchtigte – den Albanern definitiv eine gewaltige Propagandawaffe entzogen hätte, ihren Opferstatus herabgesetzt und die internationale Aufmerksamkeit für den Kosovo verringert hätte. Bis jetzt war die Aufmerksamkeit groß, auch weil die internationalen Journalisten im Kosovo dazu gebracht wurden, das albanische Parallel-Schulsystem zu besuchen. Dort fanden sie Klassen mit 20 Kindern vor, die auf 15 qm zusammengedrängt waren. Diese wurden den öffentlichen Schulen gegenübergestellt, in denen die Serben ohne Albaner über 15 qm pro Schüler verfügten. Bei einer anderen vertraulichen Gelegenheit erklärte Agani das albanische Interesse für ein Verbleiben Milosevićs an der Macht, da eine demokratischere serbische Regierung vor der internationalen Gemeinschaft weniger angreifbar wäre. Aber alle Widerstände und Zögerlichkeiten der Albaner können die serbische Hinhaltenaktik bei der Anwendung des Abkommens nicht rechtfertigen. Auch ohne diese und ohne Sant'Egidio hätte Milosević auf jeden Fall die Lage im Kosovo normalisieren müssen, um seinen Staat wieder in die internationale Gemeinschaft einzugliedern und einen neuen Krieg zu verhindern. Sant'Egidio bot ihm mit der einzigen diplomatischen Initiative mit Erfolgchancen für den

Kosovo in zehn Krisenjahren die Möglichkeit dazu. Der Serbenführer war jedoch ausschließlich an seinem Machterhalt interessiert. Daher hatte es seiner Meinung nach Priorität, den Nationalismus der Mehrheit seiner Wähler zu unterstützen, die davon überzeugt waren, dass das kleinste kulturelle Zugeständnis an die Albaner einen Schritt in Richtung Unabhängigkeit darstellen würde. Darüber hinaus muss an den Widerstand gedacht werden, auf den man bei den Kosovo-Serben in Bezug auf jedes Zugeständnis gegenüber Albanern stieß. Oft stellten die Leute von Sant'Egidio in der umstrittenen Region fest, dass die Anweisungen der serbischen Regierung und von Milosević selbst, die von Belgrad an Pristina ergingen, nicht ausgeführt wurden, ja beinahe nicht für authentisch gehalten wurden. Auch einzelne Polizisten, Lehrer oder Hausmeister machten es sich zur Pflicht, diesen Anweisungen nicht Folge zu leisten, da sie jedwede den Albanern zugestandene Erleichterung für unverständlich hielten.

Sant'Egidio hat im Kosovo den Kampf gegen die Logik des gegenseitigen Errichtens von Mauern, der gegenseitigen Unnachgiebigkeit und des ethnischen Hasses aufgenommen. Diese Logik, die den Waffengebrauch 1998 und 1999 wieder angefacht hatte, führte schließlich zur Unabhängigkeitserklärung des Kosovos am 17. Februar 2008. Diese Unabhängigkeit war aufgrund vieler Aspekte unvermeidbar. Einmal wegen der fehlenden Bereitschaft sowohl der Serben als auch der Albaner, in geordneter Weise zusammenzuleben. Andererseits aufgrund der absoluten demographischen Überlegenheit der Albaner. Die internationale Gemeinschaft hat bei ihren westlichen Mitgliedern aus Realismus die Mehrheit und ihre Rechte belohnt.

---

<sup>1</sup> Einige einführenden Lektüren über Rugova und Milosević: von Ibrahim Rugova selbst das Interview-Buch *La Question du Kosovo*, Paris, Fayard, 1994; R. Morozzo della Rocca, *Rugova, una vita*, 30. Januar 2006, [www.osservatoriobalcani.org](http://www.osservatoriobalcani.org); M. Nava, *Milosević, L'ultimo tiranno*, Rizzoli, Mailand 2000; Id., *Imputato Milosević. Il processo ai vinti e l'etica della guerra*, Rom, Fazi, 2002; J. Toschi Marazzani Visconti, *Milosević visto da vicino*, Beilage zu „Limes“, 1, 1999, S. 27-34.

<sup>2</sup> Im September 1993 bat Johannes Paul II. Msgr. Paglia, ihm eine Reise in das ehemalige Jugoslawien zu ermöglichen. Dabei wollte er die drei Städte Zagreb, Sarajewo und Belgrad besuchen. Zu diesem Zweck führt Paglia Gespräche mit den wichtigsten politischen Vertretern Kroatiens, Bosniens und Serbiens.

<sup>3</sup> Shehu war 35 Jahre lang der wichtigste Mitarbeiter von Enver Hoxha und die Nummer zwei des albanischen Regimes, bevor er unter ungeklärten Umständen starb; offensichtlich Selbstmord, vielleicht aber doch von Hoxha veranlasst.

<sup>4</sup> *Viaggio in Serbia di Vincenzo Paglia e Roberto Morozzo della Rocca, 8-11 luglio 1993*, Bericht im AGSE, Kosovo.

<sup>5</sup> Aufgrund der bestehenden Beziehungen zwischen der serbischen nationalen Identität und den historischen Ereignissen des Kosovo ist die Lektüre in dieser Hinsicht sehr umfangreich. Beispielsweise gibt es in italienischer Sprache den Band *Terra sacra. L'arte del Cossovo*, mit Zeugenaussagen von Gojko Subotić, Mailand, Jaca Book, 1997.

<sup>6</sup> R. Morozzo della Rocca, *Visita Ibrahim Rugova a Roma, 8-12 marzo 1993*, Bericht im AGSE, Kosovo.

<sup>7</sup> *Viaggio in Serbia di Vincenzo Paglia e Roberto Morozzo della Rocca, 8-11. Juli 1993*, Bericht im AGSE, Kosovo.

<sup>8</sup> Vgl. *Vincenzo Paglia e Roberto Morozzo della Rocca, colazione con Stefano Sannino, 1° luglio 1995*, Bericht im AGSE, Kosovo.

<sup>9</sup> Stellvertretender Premierminister und Technologieminister in der serbischen Regierung.

<sup>10</sup> Dojcilo Maslovarić, Sekretär des Außenministers des neuen Jugoslawiens von Milosević, wurde 1996 zum Botschafter im Vatikan ernannt. Er war ein Vertrauter Milosevićs und seiner Frau, Mira Marković. Er wohnte in Dedinje, dem Belgrader Stadtviertel der Nomenklatur, neben der Villa von Milosević, wo er ein- und ausging. In Italien wurde er beauftragt, diverse politische und wirtschaftliche Fragen zu verhandeln, die Milosević nicht beabsichtigte, seinem Botschafter im italienischen Staat, dem Montenegriner Miodrag Lekić, anzuvertrauen, dem er nicht vertraute. In der Phase der römischen Gespräche im Sommer 1996, die zur Unterzeichnung des Abkommens zwischen Milosević und Rugova führte, und dann als Vermittler, um Milosević zu jedem Zeitpunkt treffen zu können, wenn es notwendig war, spielte Maslovarić eine bedeutende Rolle. Nach dem Tod seiner Frau 1999 verlor Maslovarić jedoch das Vertrauen Milosevićs, der ihn im Februar 2000 aus dem Amt im Vatikan entlies.

<sup>11</sup> Vgl. *Për herë të parë nga Jugosllavia pa viza*, „Gazeta Shqiptare“, 3. April 1996.

<sup>12</sup> Vertreten von Dojcilo Maslovarić und Fehmi Agani.

<sup>13</sup> Übersetzung des Textes des Abkommens im AGSE, Kosovo.

<sup>14</sup> Fehmi Agani, eine hoch angesehene Prominenz im Kosovo, kann als „politischer Vater“ Rugovas betrachtet werden, dessen wichtigster politischer Berater er bis zum Tod blieb. Er starb während des Krieges 1999, als er sich mit anderen Flüchtlingen in Richtung Mazedonien zurückzog.

---

<sup>15</sup> Damals bildeten die USA, Russland, Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien die Gruppe, die die Lage in den westlichen Balkanländern überwachte.

<sup>16</sup> Vgl. in diesem Band das Kapitel über den Pakt für die Zukunft Albanien.

<sup>17</sup> In M. Albright, *The Mighty and the Almighty: Reflections on America, God, and World Affairs*, New York, Harper Collins Publishers, 2006, S.76-77, schreibt Madeleine Albright über die „konstruktive Rolle“ der Gemeinschaft Sant’Egidio bei der Lösung verschiedener Konflikte, darunter der Kosovo-Konflikt.

<sup>18</sup> Über zwei Vertreter in Rambouillet bei Paris im Februar und März 1999, die zum Krieg der NATO gegen das Jugoslawien Milosevićs geführt hatte, vgl. *infra* in diesem Kapitel.

<sup>19</sup> Dies ist der Text der Vereinbarung vom 23. März 1998:

„1. Folgende Maßnahmen wurden vorübergehend vereinbart, um die Umsetzung des Bildungsabkommens zu ermöglichen, das am 1. September von Präsident Slobodan Milosević und Dr. Ibrahim Rugova unterzeichnet wurde.

2. Das Institut für Albanologie in Pristina wird für seine vorhergehenden Nutzer am 31. März geöffnet werden.

3. Bis 31. März wird die Gemeinschaft Sant’Egidio hinsichtlich der von beiden Seiten in der 3+3-Kommission unterbreiteten Vorschläge die drei ersten Fakultäten der Universität Pristina bestimmen, an denen die albanischen Studenten und Professoren ab spätestens 30. April 1998 wieder aufgenommen werden. Prinzipiell gelten folgende Bedingungen für die Wiederaufnahme: Die Studenten, die momentan ordentliche Studenten an der Universität sind und die albanischen Studenten werden Einrichtungen und Ausstattung der Universität abwechselnd nutzen im Rahmen eines Systems von zwei Schichten, die jedes Semester getauscht werden. Während des ersten Semesters, in dem diese Maßnahmen zur Anwendung kommen, werden die aktuellen ordentlichen Studenten die Einrichtungen der Universität am Vormittag (bis 14 Uhr) nutzen, die albanischen Studenten dagegen am Nachmittag; im zweiten Semester werden diese Schichten getauscht, sodass die albanischen Studenten am Morgen und die momentanen ordentlichen Studenten am Nachmittag Zugang zur Universität haben, und diese Reihenfolge wird in den folgenden Semestern jeweils getauscht. Neben dem Gebrauch der Einrichtungen der Universität zum Abhalten von Lehrveranstaltungen steht den albanischen Studenten und Professoren auch der entsprechende Raum in jeder Fakultät für administrative Zwecke und für den Lehrkörper zur Verfügung (wenn das nicht möglich ist, wird eine andere Lösung gefunden werden).

4. Bis 30. April 1998 wird die Gemeinschaft Sant’Egidio unter Berücksichtigung der Vorschläge beider Seiten der 3+3-Kommission die nächsten drei Fakultäten der Universität Pristina bestimmen, in denen die albanischen Studenten und Professoren ab spätestens 31. Mai 1998 wieder aufgenommen werden. Die Bedingungen hierfür sind die gleichen wie für die Fakultäten unter Punkt 3.

5. Albanische Studenten und Professoren der verbleibenden sieben Fakultäten werden ab spätestens 30. Juni 1998 wieder Zugang zu den Einrichtungen der Universität Pristina erhalten, gemäß den selben Bedingungen wie für die Fakultäten unter Punkt 3 und 4. Ab spätestens 30. September 1998 werden albanische Studenten und Professoren Universitätseinrichtungen (Cafeterien, Bibliotheken, Studentenwohnheime) in entsprechender Weise nutzen können. Die Gemeinschaft Sant’Egidio wird nach Anhörung beider Seiten eine Lösung für möglicherweise auftretende Probleme finden. Auf jeden Fall muss der Vorlesungsbetrieb regulär am 1. Oktober 1998 beginnen.

6. Ab spätestens 30. Juni 1998 ist es albanischen Studenten und Professoren möglich, die Einrichtungen von sieben Fachhochschulen in Pristina und anderen Städten im Kosovo zu nutzen, die auf die Lehre wirtschaftlicher und technischer Fächer spezialisiert sind. Ihre Benutzung wird in Übereinstimmung mit den in Punkt 3 dargelegten neuen Bedingungen für den Gebrauch der Universitäts-Einrichtungen geregelt werden, falls diese Schulen verwendet werden sollen.

7. Die 3+3- Kommission unterstreicht mit Unterstützung der Gemeinschaft Sant’Egidio die Notwendigkeit, die Finanzierung des schnelleren Baus neuer Einrichtungen zu gewährleisten, um mehr Platz für Lehre, Forschung und Verwaltung zu schaffen, der allen zur Verfügung steht. In neuen Universitätsgebäuden, deren Aufbau schnell möglich ist, wird unter gleichen Bedingungen Platz für alle Strukturen der Universität sein. Dies wird Inhalt eines gesonderten Programms sein, das Fristen und die Finanzierungspläne enthalten wird, die den realen Bedürfnissen und materiellen Möglichkeiten entsprechen.

8. In ähnlicher Weise werden ab spätestens 31. März 1998 albanische Schüler der Grundschulen und weiterführenden Schulen an Grund- und weiterführende Schulen zurückkehren können, die momentan nicht verwendet werden, gemäß einer Liste, die von der 3+3-Kommission vorzubereiten ist. Sant’Egidio wird eine Lösung für möglicherweise auftretende Probleme finden. Albanische Schüler der Grundschulen und weiterführenden Schulen werden bis spätestens 30. April 1998 in diejenigen Gebäude von Grundschulen und weiterführenden Schulen zurückkehren, die teilweise in Gebrauch sind. Ihr Gebrauch wird entsprechend der in Punkt 3 dargestellten neuen Regeln für den Gebrauch der Universitätseinrichtungen oder in einer anderen für beide Seiten annehmbaren Weise geregelt werden.

9. Die 3+3-Kommission und die Gemeinschaft Sant’Egidio werden sich bis spätestens 30. März treffen, um die Umsetzung der Übergangsmaßnahmen zur Normalisierung zu gewährleisten. Die 3+3- Kommission wird umgehend Arbeitsgruppen für jede Fakultät einsetzen. Die 3+3- Kommission wird die verbleibenden Probleme untersuchen, die mit der Normalisierung des Bildungswesens verbunden sind (Finanzierung, Verwaltung, Sprachen, Programme, Diplome, Fragen, die den Status der Angestellten betreffen).

<sup>20</sup> Vgl. R. Morozzo della Rocca, *Kosovo. La guerra in Europa. Origini e realtà di un conflitto etnico*, Mailand, Guerini e Associati, 1999.

<sup>21</sup> Gemäß der Zeugenaussage von Sommaruga gegenüber dem Autor (17. November 2008) war der Präsident des CICR gerade mit dem Auto von Zagreb aus auf dem Weg nach Belgrad, als ihn ein Telefonanruf von Paglia erreichte, der ihn bat, Milosević den einfachen Satz „Sant’Egidio ist für Rugova bereit“ auszurichten; Sommaruga traf Milosević am 24. April. Nach einem einstündigen Gespräch mit schroffem Charakter gab er ihm bei der Verabschiedung den vereinbarten Satz weiter, der sofort mit einem „I have understood“ von Milosević aufgenommen wurde. Dieser war über die Nachricht weniger erstaunt, als es Sommaruga über die klare Reaktion des jugoslawischen Präsidenten war. Etwa zehn Tage später war Rugova in Rom. Kurz nach seiner Ankunft dankte er auf einer Pressekonferenz mit dem italienischen Ministerpräsidenten D’Alema,



---

der ein Flugzeug nach Belgrad geschickt hatte, um ihn abzuholen, sowohl Paglia als auch D'Alema selbst für die Befreiung. Vgl. auch *La diplomazia al servizio dell'umanità. Jürg Bischoff a colloquio con Cornelio Sommaruga*, Vorwort von Kofi Annan, Lugano, ADV Publishing House, 2005.

<sup>22</sup> Über die Geschichte des Kosovos im zwanzigsten Jahrhundert vgl. M. Dogo, *Kosovo. Albanesi e serbi: le radici del conflitto*, Lungro di Cosenza, C. Marco Editore, 1992; M. Roux, *Les albanais en Yougoslavie. Minorité nationale territoire et développement*, Paris, Maison des sciences de l'homme, 1992; M. Vickers, *Between Serb and Albanian. A History of Kosovo*, New York, Columbia Un. Press, 1998; N. Malcolm, *Kosovo: A Short History*, New York, New York Un. Press, 1998; T. Judah, *Kosovo: War and Revenge*, New Haven, Yale Un. Press, 2000.